

Auszug aus MOZ bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/white-or-wong.html>)

erstellt am: 29. März 2024

Datum dieses Beitrags: Juli 1990

Angst vor 1997. Hongkong wird frei

White or Wong

1997 wird Hongkong entkolonialisiert. Der bevorstehende ‚Anschluß‘ an die Volksrepublik China löst in der britischen Kronkolonie Panik aus. Der Mittelstand will weg, London jedoch ist nicht bereit, Millionen von britischen Asiaten aufzunehmen.

■ FRANK BRASSEL



BILD: FRANK BRASSEL

Während andernorts Völker bis heute um ihre Unabhängigkeit kämpfen, gibt es zumindest einen Fall, wo sich eine Kolonie vehement gegen ihre Entkolonialisierung wehrt: Hongkong. Am 30. Juni 1997 läuft ihr Kolonialstatus aus, geht die britische Kronkolonie an die Volksrepublik China über. Und genau dagegen wehrt sich die Bevölkerung Hongkongs. Die Unabhängigkeit, die hätte man akzeptiert, aber an die rotchinesischen Nachbarn übergeben zu werden, da läuft vielen Hongkongern ein Schauer über den Rücken. Die meisten wollen einfach weg. Mehr als 1.000 BewohnerInnen verlassen jede Woche die Kronkolonie.

Vermutlich verlaufen an keiner Systemgrenze der Welt die Bruchstellen so verquer wie in Hongkong. Der Stadtstaat

ist politisch britische Kronkolonie, doch ökonomisch ein eigenständiger Bestandteil des neokolonialistischen Systems. Hongkong ist der völlig ungebremste Laisser-faire-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, aber mit den Potentialen des 21. Jahrhunderts. Der Lebensstandard der Bevölkerung erreicht annähernd europäisches Niveau. Kapital aus der Kronkolonie hat eine wichtige Bedeutung in den Ländern der „Dritten Welt“ Südasiens, insbesondere in Thailand und auf den Philippinen. Dagegen ist die Volksrepublik China nach wie vor ein Entwicklungsland und geradezu ein Relikt staatsbürokratischen Sozialismus, das seine politische Liberalisierung nach dem unruhigen Frühjahr 1989 weitgehend wieder zurückgeschraubt hat. Die Volksrepublik ist nicht nur von Hongkong als Umschlagplatz von einem Drittel ihres Außenhandels abhängig, sondern in geradezu klassischer Kolonial-Manier in die Rolle eines Zulieferers für die verarbeitende Industrie der Kronkolonie gedrängt. Mehr Chinesen (über 2 Mio.) arbeiten in den südlichen Gebieten der Volksrepublik für Hongkong, als dort überhaupt beschäftigt sind. Beijing nimmt das ökonomische Wachstum der Kronkolonie als Modell für die Einführung seiner „freien Produktionszonen“, in denen auch die letzten sozialen und gewerkschaftlichen Rechte außer Kraft gesetzt sind: Ohne die legalen und illegalen Zuwanderer aus dem kommunistischen Staat wäre die Kronkolonie kaum überlebensfähig. Sie arbeiten im prosperierenden Baubereich als ‚bottom end‘ der Hongkonger Gesellschaft — für deren Reichtum. Auf der anderen

Seite ist Hongkong Magnet für asiatische ‚GastarbeiterInnen‘. Mehr als 60.000 Haushälterinnen, meist von den Philippinen, kochen, putzen, waschen und erleichtern auf sonstige Weise das hektische Leben der Hongkonger Reichen. Dabei sind sie um vieles rechtloser als ausländische Arbeitskräfte in europäischen Ländern.

Asiaten sind keine Briten

In Hongkong regiert der Rassismus, nicht nur gegen die im Rotationsverfahren importierten ‚GastarbeiterInnen‘, sondern auch gegen die Flüchtlinge aus dem sozialistischen Vietnam. 55.000 leben in der Kronkolonie, kontrolliert und eingepfercht in umzäunten und bewachten Lagern. Niemand will sie haben, die Hongkonger Verwaltung nicht, die Briten nicht, und Beijing schon gar nicht. Beijing drängt darauf, daß Hongkong die vietnamesischen Flüchtlinge los wird, ehe die Kronkolonie 1997 in seine Verantwortung übergeht. Seit Herbst 1989 werden die ersten „boat people“ zwangsweise nach Vietnam zurückgeschafft. Und so wie Hongkong und Beijing diese Flüchtlinge nicht haben wollen, will London möglichst in der Zukunft einen Zustrom asiatischer Flüchtlinge aus Hongkong vermeiden.

„For Britain it’s not a matter of right or wrong but white or Wong“, macht derzeit ein schaler Spruch die Runde in Hongkong. Mehr als die Hälfte der EinwohnerInnen Hongkongs verfügen zwar über einen britischen Paß, doch nur über einen, der ihnen das Recht auf Niederlassung im britischen Königreich

nicht gewährt. 1981, kurz bevor die Verhandlungen mit Beijing über die Zukunft der Kronkolonie begannen, hatte die Londoner Regierung diese Kategorisierung ihrer StaatsbürgerInnen eingeführt. So ist auch Ende April die Forderung nach dem Niederlassungsrecht für Bewohner Hongkongs in Großbritannien nur für die 50.000 Familien garantiert worden, die in Schlüsselstellungen der Verwaltung und Wirtschaft der Kronkolonie bis 1997 unverzichtbar sind. Doch selbst das war dem rechten Flügel der britischen Konservativen unter Führung des Thatcher-Kontrahenten Norman Tebbit zuviel. Die „überbevölkerten britischen Inseln“ könnten keine „Asylantenflut“ verkraften. „Eine Welle von Immigranten, die unsere Kultur, Sprache und gesellschaftlichen Regeln nicht teilen und unserem Land keine Treue schulden, ist ein destabilisierender Faktor in unserer Gesellschaft“, posaunte Tebbit.

Die Sorgen der britischen Konservativen sind völlig unbegründet. Zum einen garantiert das gegen ihre Stimmen angenommene Gesetz, daß neben 500 Top-Unternehmern und mehreren tausend Mitarbeitern der ‚Sicherheitsdienste‘ Hongkongs nur nach einem Punktesystem, das insbesondere berufliche Qualifikation und Erfahrung, Alter und englische Sprachkenntnisse in Betracht zieht, ausgewählte Spitzenkräfte der Kronkolonie das Recht bekommen, sich nach 1997 im ‚Mutterland‘ niederzulassen. Überdies spürt die Hongkonger Elite gar kein Verlangen, ins wenig prosperierende vereinigte Königreich zu gehen. Im vergangenen Jahr siedelten von den 50.000 Menschen, die Hongkong den Rücken kehrten, gerade 1.360 nach Großbritannien über. Die anderen zogen es vor, in Australien, Kanada oder den USA ihre Karriere weiterzuführen. Hierzu muß man zwar zwischen 125.000 und 300.000 US-Dollar Startkapital vorweisen, doch das ist für Hongkongs Reiche nur ein Taschengeld. Und wer es nicht ganz so dicke hat, besorgt sich auf dem regen Markt für Pässe in der Kronkolonie die Papiere für Tonga oder Belize, wofür nur 25.000 Dollar vorzuweisen sind.

Die Elfenbeinschnitzer bleiben hier

Hieran zeigt sich auch, daß die

Hongkonger Situation nicht ganz in das uns derzeit vertraute Schema der Fluchtbewegung aus sozialistischen Ländern paßt. Natürlich wollen viele der potentiellen ‚Flüchtlinge‘ nicht unter die Herrschaft der alternden Beijinger KP-Riege leben, doch sind diese Flüchtlinge nicht ‚das Volk‘. Es ist in allererster Linie die Hongkonger Elite, die vor einer „sozialistischen Revolution“ davonläuft. Nur daß diese ‚Revolution‘ durch das Ende des Kolonialsystems in Asien (das portugiesische Macao wird 1999 folgen) quasi importiert wird. Für die normale Bevölkerung der Kronkolonie stellt sich die Frage des Auswanderns nicht. Nicht weil sie scharf darauf wären, unter der Herrschaft Beijings zu leben, aber wohin soll ein Elfenbeinschnitzer, ein kleiner Angestellter, eine Arbeiterin aus einer der zahllosen kleinen Textil- und Spielzeugfabriken oder ein Busfahrer gehen? Sie kommen auf ein Monatseinkommen von etwa 4.000 Hongkong-Dollar (= 7.000 öS, 1.000 DM), die Hälfte davon geht für die Miete auf. Substantielle Rücklagen oder besondere berufliche und sprachliche Qualifikationen, um sich an einen Neuanfang in einem anderen Land zu wagen, haben drei Viertel der BewohnerInnen Hongkongs kaum. Und vermutlich auch nicht sehr viel zu verlieren, wenn die Rotchinesen am 1. Juli 1997 Hongkong als „Sonderverwaltungsgebiet“ übernehmen.

Eine Nation – zwei Systeme

Gemäß des Dengschen Mottos „eine Nation – zwei Systeme“ hatte 1984 die „Gemeinsame Erklärung“ zwischen London und Beijing „einen hohen Grad an Autonomie“ für das knapp 1.000 Quadratkilometer große Gebiet Hongkongs für weitere 50 Jahre nach 1997 festgeschrieben. Mit Ausnahme der Außen- und Verteidigungspolitik sollen danach die Hongkonger ihre Angelegenheiten selbst regeln. So ging man in der Kronkolonie dem magischen Datum auch lange Zeit mit Gelassenheit entgegen bis zum 4. Juni 1989, dem Tag des Tiananmen-Massakers von Beijing. Die blutige Niederschlagung der volkschinesischen Demokratie-Bewegung ließ heftige Zweifel an der Toleranzschwelle der Beijinger Führung gegenüber Hongkong aufkommen — und die sonst

politisch recht abstinente BewohnerInnen der Kronkolonie auf die Straße gehen. Am Tag nach dem Tiananmen-Massaker formierte sich ein Demonstrationsszug von mehr als einer Million Menschen — etwa ein Fünftel der Einwohnerschaft Hongkongs —, um für Freiheit und Demokratie in der Volksrepublik einzutreten, die eigene allzu nahe Zukunft vor Augen.

Die Massendemonstrationen ebten ab, aber nicht die Forderungen nach Garantien für die eigene Zukunft. In ihrer Hilfslosigkeit wandten sich die Wortführer der liberalen Mittelschicht Hongkongs an die derzeitigen Kolonialherren: Großbritannien müsse für seine Kronkolonie demokratische Garantien gegenüber Beijing durchsetzen und falls nicht möglich — für deren Bewohner die Einwanderung ins ‚Mutterland‘ ermöglichen. Träger dieser Proteste waren die eine Million Menschen in Hongkong, die man zu der in den vergangenen beiden Jahrzehnten entstandenen, finanzträchtigen Mittelschicht zählen kann. Sie haben in der Tat durch den Übergang an die Volksrepublik vieles zu verlieren: die selbst europäische Metropolen in den Schatten stellende Konsumvielfalt des Stadtstaates, die exzellenten Einkommen der Führungskräfte in Verwaltung, Handels- und Bankengewerbe und die relative Liberalität — etwa gegenüber dem entkolonialisierten südostasiatischen Stadtstaat Singapur — im kulturellen Alltagsleben. Diese Gruppe mag mit Fug und Recht befürchten, daß ihre Freiheiten durch Beijing eingeschränkt werden — deshalb wollen sie auch weg —, während das kleinkapitalistische Überlebensnetzwerk für die überwiegende Mehrheit der Hongkonger noch gut weitere 50 Jahre Bestand haben kann, wenn es bis dahin nicht in der Volksrepublik selbst existieren wird.



Der Tempel des Finanzkapitals, die größte Bank der Kronkolonie. Baukosten: 1,2 Mrd.

Dollar

BILD: FRANK BRASSEL

Demokratie war nie

Es ist geradezu ein Kuriosum, die alte Kolonialmacht mit der Bitte um demokratische Rechte anzurufen. Hongkong ist heute kein demokratisches Land, ist nie eines gewesen. In der Kronkolonie sind Parteien verboten, freie Wahlen unbekannt, der Regierungschef, sprich: der Generalgouverneur, wird von London aus ernannt, wie auch seine meisten Beamten. Eine Art beratende Versammlung ergänzt die Kolonialbeamten um einige ernannte einheimische Großkapitalisten. Ins ‚Parlament‘, den ‚Legislativrat‘, sind erstmals 1984 ein Drittel gewählte Bürger eingezogen, und genauso viel will Beijing auch für die Zukunft zubilligen. Die in Hongkong populäre Forderung, 1997 die Hälfte aller Mitglieder des Parlaments wählen zu lassen, 2003 dann alle, hat Beijing kurzerhand zurückgewiesen.

Die wenigen Gruppen, die sich kritisch zur Hongkonger Regierung zu äußern wagen, sind seit jeher einer starken Überwachung durch die selbige ausgesetzt. „Wo immer ich hingehe, sind Spitzel der Regierung in meiner Nähe“, berichtet Ho Hei Wah, der stellvertretende Leiter der „Society for Community Organizing“ (SOCO), die sich in den 70er Jahren gründete, um die miserable Wohnungssituation in der Kronkolonie anzugehen, und inzwischen schwerpunktmäßig im Bürgerrechtsbereich arbeitet.

„Die Bewohner Hongkongs werden massiv unter Druck gesetzt und kontrolliert. 1988 sind mehr als 3 Millionen Einwohner im Zentralcomputer durchgecheckt und mehr als 1,8 Millionen auf der Straße personalüberprüft worden.“ In der Tat gehört es zum Alltagsbild der Kronkolonie, daß die Polizei ‚verdächtig‘ aussehende Individuen anhält und ausweisen läßt. „Hongkong und Großbritannien geben sich verbal umso demokratischer, je näher wir

1997 kommen, aber die realen Repressionen gehen unvermindert weiter. Wer bei der Regierung oder in der Privatwirtschaft arbeitet, kann sich ein kritisches Engagement in dieser Stadt in der Öffentlichkeit faktisch nicht leisten“, faßt Ho zusammen.

„Wir wissen um die Verschrobenheit der politischen Situation, wenn auch wir Forderungen an London gegen Beijings Ansprüche stellen“, erklärt Apo Leung vom „Hongkong Trade Union Education Center“, einem Bildungs- und Kristallisationszentrum für die entstehende unabhängige Gewerkschaftsbewegung in der Kronkolonie. „Alle, die sich wie ich als Progressive verstehen, haben natürlich über Jahre in der Volksrepublik ein Modell gesehen, zumindest während unserer politischen Sozialisationszeit. Das hat sich schon 1976 etwas verändert, als sich zum Beispiel der an der VR China orientierte Gewerkschaftsbund mehr und mehr mit den Kapitalisten arrangierte, anstatt für die Beschäftigten hier einzutreten. Natürlich ist die prochinesische Gewerkschaft in Hongkong heute für das Übernahmeszenario, wie es Beijing vorschlägt. Mit dem 4. Juni 1989 kam es zum völligen Bruch der unabhängigen Linken in der Kronkolonie mit Beijing. Wir hatten schließlich zuvor die autonomen Gewerkschaften in der Volksrepublik unterstützt. Leider sind sie jetzt zerschlagen. Was wir bis 1997 schaffen müssen, ist, in Hongkong eine starke unabhängige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die dann für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Volksrepublik als Modell für ihre eigene Organisation dienen könnte“, beschreibt Apo Leung seine Zukunftsvision.



Der Rolls Royce des Gouverneurs mit dem

Union Jack

BILD: FRANK BRASSEL

Menschen bleiben, das Kapital flieht

In der ersten Aprilwoche bestätigte der Nationale Volkskongreß der VR China, daß es mit der Autonomie Hongkongs nicht weit her sein wird. So wird nach 1997 sowohl das Recht, den Notstand in dem „Sonderverwaltungsgebiet“ auszurufen, als auch die Frage der Truppenstationierung allein bei der Zentralregierung belassen. Eine eigenständige Regierung Hongkongs wird es im engeren Sinne gar nicht geben, denn den kolonialen Zustand eines lediglich benannten, aber nicht vom Volk gewählten Parlaments abzulösen, hat Beijing abgelehnt. Des weiteren hat die Volksrepublik angekündigt, daß regierungsfeindliche Propaganda nach 1997 nicht erlaubt sein würde. Die Paragraphen der UNO-Menschenrechtskonvention, die schon London nicht für seine Kronkolonie übernommen hatte, werden auch unter Beijing keine Gültigkeit haben.

Daß sich die britischen Konservativen dafür nun zwar verbal einsetzen, ist ihrem Wunsch geschuldet, Hongkong vor einem ökonomischen Zusammenbruch vor 1997 zu bewahren. Denn neben dem ‚brain-drain‘ leidet der Stadtstaat an einer nicht unbeträchtlichen Kapitalflucht, im vergangenen Jahr allein 4 Milliarden US-Dollar. Daß sich Großbritannien nicht ernsthaft für die demokratischen Rechte seiner Untertanen in Hongkong einsetzt, liegt nicht zuletzt daran, daß man sich die guten Geschäftsverbindungen auch über 1997 hinaus erhalten will. Immerhin sind britische Firmen mit über 300 Niederlassungen in Hongkong vertreten.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels